



«Es könnte sich ein interventionistischer und protektionistischer «EU first»-Geist in Brüssel weiter ausbreiten», schreibt unser Gastexperte.
(Illustration: SSI/DigitalArtD)

Die deutsche EU-Präsidentschaft: Paradigmenwechsel der EU-Politik und mögliche Folgen für Liechtenstein

Die drängendste Herausforderung der deutschen Präsidentschaft wurde schon im Juli - zunächst - gemeistert: Nach schwierigen Verhandlungen wurde sowohl der mehrjährige Finanzrahmen (das «normale» EU-Budget für 2021-2027) in Höhe von 1074 Milliarden Euro als auch ein zusätzliches Ausgabenpaket «Next Generation EU» (NGEU) in Höhe von 750 Milliarden Euro von den Staats- und Regierungschefs beschlossen. Ob, wann und wie dieses «Corona-Paket» verausgabt wird, ist noch unsicher; schliesslich müssen alle Parlamente der EU-Staaten und das EU-Parlament noch zustimmen; und derzeit steht in den Sternen, ob Ungarn, Polen und Strassburg dem gleichen Plan zustimmen, der Zahlungen auch von Rechtsstaatsstandards machen soll.

«Revolution» der EU-Finanzverfassung

Ordnungspolitisch bemerkenswert ist freilich, dass mit dem NGEU Deutschland der EU-Kommission das Recht eingeräumt hat, in bisher ungeahntem Masse eigene Schulden aufzunehmen. Zwar beeilte sich Angela Merkel, dies als einmalige und vorübergehende Massnahme zu qualifizieren; doch schon bald freute sich ihr eigener Finanzminister (und künftiger SPD-Kanzlerkandidat), wie Frankreichs Präsident Macron, über diese nicht mehr revidierbare «Revolution» der Finanzverfassung der EU. Ob die Fiskalentscheidungen ein «stärkeres und innovativeres Europa» fördern, darf bezweifelt werden. Der ordentliche Finanzplan sieht nach wie vor den grössten Teil für Subventionen an Regionen und Landwirte vor, während Mittel für Forschung gekürzt wurden. Und die

Meinung Krisen, heisst es, sind Gelegenheiten, die man nicht verpassen sollte. Ob und wie diese in der EU unter deutscher Präsidentschaft genutzt werden und welche Bedeutung dies für Liechtenstein hat, soll hier im Hinblick auf ordnungspolitische Fragen kurz skizziert werden. Ein Gastkommentar von *Michael Wohlgemuth*.

Milliarden des NGEU, die (vielleicht) nächstes Jahr fliessen, dürften wohl weniger in Innovation als in die Erhaltung schon vor der Epidemie schwächelnder Strukturen gehen. Die Rettung scheinotter «Zombie»-Firmen und -Banken wird auch dadurch erleichtert, dass die Regeln für Staatshilfen zunehmend locker ausgelegt werden. Im Wirtschaftsprogramm der deutschen EU-Präsidentschaft findet sich zwar das Bekenntnis, «Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltungen zu entlasten» und «unnötigen Erfüllungsaufwand» von Regulierungen zumindest «abzubauen». Doch weder in der deutschen Agenda noch in Ursula von der Leyens «State of the Union»-Ansprache findet sich eine einzige Regulierung oder Behörde, die als «unnötig» erkannt wurde. Vielmehr finden sich immer mehr Regulierungsinitiativen und Räte, die zusätzlich errichtet werden sollen.

Schleichende Paradigmenwechsel

Ordnungspolitisch verbirgt sich dahinter ein schleichender Paradigmenwechsel der europäischen Inte-

gration. Anfangs verlief diese weitgehend als «negative Integration von unten», also durch Abbau von Handels- und Marktzutrittsbeschränkungen, wodurch sich die Allokation von Ressourcen auf dem Binnenmarkt durch die individuelle Wahrnehmung der vier Grundfreiheiten (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital) vollzog. Für liberale Länder wie Grossbritannien, die Niederlande und meist auch Deutschland war dies der eigentliche «Kern» europäischer Integration. Andere, wie vor allem Frankreich, wollten dagegen schon immer «positive Integration von oben»; also die politisch festgelegte «Finalität» in Form eines «Europäischen Sozialmodells» (möglichst nah am französischen), das zunächst einmal hohe Standards festlegt, ehe Unternehmen und Bürger auf dem europäischen Markt in Wettbewerb treten dürfen. Die deutsche Präsidentschaft scheint diese französische Lesart europäischer Integration inzwischen nahezu vollständig übernommen zu haben. Dies lässt sich am häufigeren Gebrauch von Begriffen wie «Industriepolitik» und «level playing field» ablesen. Zitat: «Offene Märkte und ein freier Handel setzen vergleichbare Rahmenbedingungen für in- und ausländische Marktteilnehmer voraus (Level Playing Field)».

Etwas konkreter heisst das:
• «Strategische Autonomie der EU durch eine dynamische Industriepolitik sicherzustellen», das bedeutet, den Mitgliedstaaten und der Kommission zu erlauben, noch freizügiger zu definieren, welche EU-Unternehmen vor dem Wettbewerb durch andere geschützt oder als «wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse» mit Steuergeldern aufgepöppelt werden sollen.

• «Level playing field» ist nicht nur zur neuen Devise der EU-Wettbewerbspolitik, sondern auch zur «roten Linie» für die EU-Handelspolitik geworden. Gerade in den sich nun zuspitzenden Brexit-Verhandlungen geht es vor allem darum, dass ein Land, das nicht (mehr) der EU angehört, dennoch möglichst allen - auch künftigen - Regulierungen der EU (und deren Interpretation durch EU Gerichte) Folge leisten soll, um weitreichenden Zugang zum Binnenmarkt zu erhalten.

Implikationen für Liechtenstein

In der wirtschaftspolitischen Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft wird Liechtenstein nicht erwähnt; noch nicht einmal der EWR. Immerhin wird die EFTA genannt als «Erfolgsgeschichte, die wir bewahren und vertiefen wollen». Mittel- und langfristig dürfte für Liechtenstein indes der hier skizzierte Paradigmenwechsel der EU-Politik von ordnungspolitischer Relevanz sein.

Was die «Revolution der EU-Finanzverfassung» angeht, scheint die Wirkung nur mittelbar zu sein. Sollte das 750 Milliarden Euro Coronapaket die Rezession in der EU - dem wichtigsten Handelspartner des Fürstentums - zumindest abmildern helfen, ohne durch Schulden- und Steuerlast eine längerfristige Sklerose zu verursachen, wäre das für Liechtenstein nur gut. Schliesslich sind EWR-Staaten bei der Finanzierung nicht direkt in der Pflicht. Sie könnten jedoch indirekt ins Blick-

feld geraten, wenn es darum geht, wie eigentlich das viele Geld eingetrieben werden soll. Schon lange verfolgt Brüssel den Plan, der EU mehr «Eigenmittel» in Form eigener Steuerhoheit (für Digitales, Plastik, Klimazölle) zu ermöglichen. Der EWR-Vertrag schützt Liechtenstein gegenwärtig noch davor, in EU-Steuerrecht einbezogen zu werden. Aber er schützt nicht davor, dass die EU nach dem Mantra des «level playing field» nun sicher noch mehr Druck ausüben wird, Länder mit freiem Zugang zum Binnenmarkt, aber Vorteilen im Steuerwettbewerb zu drangsalieren. Aber auch das von Liechtenstein stetig nachzuvollziehende EU-Binnenmarktrecht könnte immer engmaschiger und kostspieliger werden. Deshalb sollte der Paradigmenwechsel in der Binnenmarkt-, Industrie-, Wettbewerbs-, und Handelspolitik in Liechtenstein mit Sorge betrachtet werden. Es könnte sich ein interventionistischer und protektionistischer «EU first»-Geist in Brüssel weiter ausbreiten, der von Berlin kaum mehr gebremst wird und in Vaduz nicht nur Freude auslösen dürfte.

Das «Volksblatt» gibt Gastautoren Raum, ihre Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit jener der Redaktion übereinstimmen.

Über den Autor



Prof. Dr. Michael Wohlgemuth ist Forschungsbeauftragter der Stiftung für Staatsrecht und Ordnungspolitik (Eschen). Er ist Volkswirt und unterrichtet politische Ökonomie u.a. an der Universität Witten/Herdecke und am CEVRO in Prag.

ANZEIGE



Stiftung für
Staatsrecht und
Ordnungspolitik